

Nr. 04/09lv

Datum: 05.09.2008

Markus Tressel

Politischer Geschäftsführer

Eisenbahnstraße 39

66117 Saarbrücken

Telefon: 0681/389 70-0

Telefax: 0681/389 70-70

E-Mail: tressel@gruene-saar.de

Internet: www.gruene-saar.de

Fluglärm: Bundesregierung lässt Saarland im Regen stehen

Tressel: Haltung der Bundesregierung nicht nachvollziehbar

Die saarländischen Grünen haben ablehnende Haltung des Bundes, dem Saarland in der Frage der Fluglärmreduzierung zu helfen, scharf kritisiert. Der Bund lasse die Betroffenen im Saarland im Regen stehen und benachteilige das Saarland damit gegenüber anderen Regionen, die weniger oder gar nicht betroffen seien. Die ausbleibende Unterstützung der Bundesregierung sei „unverschämt“.

Grünen-Generalsekretär Markus Tressel sagte dazu: „Mittlerweile weiß jeder, dass Lärm nicht nur gesundheitliche sondern auch wirtschaftliche Folgen haben. Die Dauerbeschallung, die die NATO dem Saarland zumutet wird deshalb dazu führen, dass das Saarland bei vielen Familien und damit auch bei der Wirtschaft an Attraktivität einbüßen wird, ganz zu schweigen vom Tourismus, der beim Strukturwandel eine tragende Rolle spielt. Hilft die Bundesregierung dem Saarland auch in dieser Frage nicht, schwächt sie damit die Zukunftsfähigkeit des Landes. Die Antwort der Bundesregierung ist deshalb ignorant und unverschämt.“

Trotz der Absage des Bundes müssten die Bemühungen der Landesregierung weiter vorangetrieben werden, die Lärmbelastung deutlich zu vermindern. Tressel: „Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Das Land und alle Beteiligten sollten deshalb ihre Bemühungen intensivieren und weiter auf einer Einschränkung des Flugbetriebes bestehen. Wir sollten uns jetzt nicht von der Bundesregierung abservieren lassen.“ Andere Regionen in Deutschland seien weniger oder gar nicht betroffen, eine gerechte Verteilung der Übungsgebiete über das gesamte Bundesgebiet wäre daher zumindest eine Erleichterung für die Betroffenen.

Die Grünen im Landtag haben vor diesem Hintergrund einen Antrag in den Landtag eingebracht, der in der kommenden Woche beraten wird.